

Bücher erschienen nur ganz wenige über dieses Thema, und wenn welche herauskämen, so seien sie unleserlich geschrieben.

„Unbedingt erforderlich ist es, die Verantwortlichkeit der Parteiorganisationen für die Durchführung wissenschaftlich-atheistischer Propaganda entschieden zu erhöhen, mit der bürokratischen und schablonenhaften Erziehungsarbeit Schluß zu machen, die Initiative, die Beharrlichkeit und die Unversöhnlichkeit im Kampf gegen die religiösen Vorurteile und gegen den Aberglauben auf jede Weise zu heben und zu pflegen. Die Partei, die eine umfangreiche Arbeit zur kommunistischen Erziehung der Werktätigen entfaltet, kann sich nicht zufrieden geben mit der Vernachlässigung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda. Die Parteiorganisationen haben die Pflicht, in kürzester Frist die auf diesem Gebiet bestehenden Mängel zu beseitigen und die wissenschaftlich-atheistische Propaganda zu aktivieren.“

In unserer sozialistischen Gesellschaft sind alle objektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten zur vollständigen Überwindung der Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen, darunter auch der religiösen Vorurteile und des Aberglaubens gegeben.“ — Niemand also möge sich täuschen!

Städteplanung in der Sowjetunion. Die vom Departement for the Study of the Social and Economic Institution of the USSR der Universität Glasgow herausgegebenen *Soviet Studies* (Vol VI, 1, Juli 1954) befassen sich in einem längeren Artikel mit der Städteplanung in der Sowjetunion. Diese ist, wie der Beitrag zeigt, durch zwei nebeneinander herlaufende Grundsätze bestimmt, einerseits durch eine zunehmende Verstädterung des Landes, anderseits durch die Sorge, diese Städte, alte und neue, zu „Städten im Grünen“ zu machen.

Die Revolution von 1917 trieb die Menschen zunächst aufs Land. Als sich jedoch die Verhältnisse wieder normalisierten, setzte ein großer Zustrom nach den Städten ein. Hatte schon ein Erlaß vom 26. Dezember 1929 sich mit der Gesundung des Bauwesens befaßt, so suchte ein Gesetz vom 4. April 1934 dem wilden Bauen von kleinen Häusern einen Riegel vorzuschieben. Danach mußten Häuser mit Kanalisierungsanlagen und Wasserleitungen versehen sein und durften nicht unter 4—5 Stockwerk hoch sein. Kleinere Häuser durften nur mit besonderer Genehmigung gebaut werden. Ein Erlaß des Zentralkomitees vom 10. Juli 1935 bestimmte sogar, daß innerhalb der Stadtgrenzen nicht unter 6 Stockwerk gebaut werden durfte, an den Hauptstraßen, den wichtigsten Plätzen und architektonisch besonders ausgezeichneten Punkten sollten Häuser mit 7, 10 und 14 Stockwerken errichtet werden. Ein Artikel des *Gorodskoye Khozgaishvo Moskovy* (August 1953) vermerkt mit Genugtuung, daß die Zahl der hohen Häuser beträchtlich gewachsen sei. Danach betrug die Gesamtfläche der 1952 in Moskau errichteten 5- und mehrstöckigen Häuser 473000 m², 1953 sollten es schon 770000 m² sein, d. h. 96% der gesamten Neubaufläche. Die Grundfläche des einzelnen Hauses wuchs von 1200 m² im Jahre 1951 auf 1600 m² im nächsten Jahr und auf 3200 m² im Jahr 1953. Zugleich verminderte sich die Zahl der erstellten Häuser von über 1000 (1951) auf etwa 800 (1952) und nur mehr 260 (1953).

Zwar erweisen sich die Verhältnisse immer noch stärker als alle behördlichen Erlasse — in Kujbyschew etwa entstanden statt der geduldeten 25% kleiner Häuser nicht weniger als 75%, in Swerdlowsk sogar 85%, ähnlich in Ufa, Omsk, Tula, Khabarowsk —, doch bleibt nach wie vor die Tendenz, möglichst hohe Häuser zu bauen. So waren in Kiew im Frühjahr 1953 200 vielstöckige Häuser im Bau, in Karaganda in der Provinz Kasachstan 6 Riesenwohgebäude, von denen eines nicht weniger als 138 Mietwohnungen haben sollte.

Darüber hinaus errichtet der Sowjetstaat als Ausdruck seines Wollens in den meisten Städten auch „Wolkenkratzer“, so allein in Moskau acht 16—38stöckige

Bauten. Am bemerkenswertesten ist in dieser Hinsicht der 1953 eröffnete „Palast der Wissenschaften“ auf dem Leninhügel, der die naturwissenschaftlichen Fächer der Universität aufnehmen soll, Physik, Chemie, angewandte Mathematik, Geologie, Geographie. Mit seinen Nebengebäuden und einem 48 ha großen Park wird dieses neuentstehende Universitätsviertel insgesamt 320 ha Fläche einnehmen. Der Wolkenkratzer selbst, auf dessen Spitze ein leuchtender Stern angebracht ist, wird mit 239 m das höchste Gebäude Europas sein. Außer wissenschaftlichen Instituten und einem Festsaal für 1500 Personen soll er auch 5754 Studenten und Doktoranden Wohnung bieten und außerdem noch 184 2—4zimmerige Wohnungen für Professoren und Dozenten enthalten. Der Wohnbau wird mit 32 Aufzügen versehen, das gesamte Gebäude mit nicht weniger als 82. Zwei Speisesäle bieten je 400 Studenten Platz, einer für die Professoren hat 100 Plätze und ein Diätspeisesaal ebenfalls 100. Außerdem gibt es noch 11 Erfrischungsräume.

Man kann diesen Mammutbau freilich nicht als repräsentativ für das Wohnwesen in der Sowjetunion ansehen. Das ist schon eher das große Miethaus in der Großen Kaluga-Straße in Moskau. Es hat 8 Stockwerke und ist 30 m hoch. Von den vier Abteilungen, in die es aufgegliedert ist, sind die beiden mittleren je 42,5 m lang und 18 m tief mit je 56 Mietwohnungen; das ganze Haus hat 196 Wohnungen von 1—4, im Durchschnitt aber 2 Zimmern. Dazu kommen eine Diele und eine Küche mit je 5 m². Der Wohnraum hat meist 17,7 m² bis 24,5 m², das Schlafzimmer etwa 16 m² mit eingebauten Schränken. Sind solche Neubauwohnungen oft auch mit allem modernen Komfort ausgestattet, so läßt sich doch kein sicheres Bild gewinnen, inwieweit dies bei allen Neubauten der Fall ist. Im ganzen dürfte sich wohl sagen lassen, daß diese Wohnungen an westlichen Verhältnissen gemessen immer noch bescheiden und sparsam sind. Immerhin läßt sich ein gewisser Aufstieg nicht verkennen.

Nicht weniger stark als der Zug, Riesenwohnblöcke zu erstellen, ist das Bemühen, grüne Städte zu schaffen, und zwar nicht so sehr im Sinne der englischen Gartenstadt Howards als vielmehr im Sinne der Städte Le Corbusiers. Schon 1931 beschloß das Zentralkomitee alte und neue Städte nach den Ideen von Marx und Lenin zu bauen. Es sollte nach Möglichkeit eine Zusammenballung der Industrie vermieden werden. In Verbindung damit sollten die Städte möglichst viele Grünflächen erhalten. Wieder berichtet *Gorodskoye Khozgaishvo Moskvyy* (Juli 1952), daß die Zahl der Grünflächen in Moskau von 2145 ha im Jahre 1913 auf 5786 ha im Jahre 1952 angewachsen ist. Während 1913 nur 40% davon dem Publikum zugänglich gewesen seien, sind es jetzt 74%. Von 1947—1952 wurden allein in Moskau 125 Plätze mit insgesamt 52 ha Grünfläche angelegt und 102 km Straßen mit Bäumen bepflanzt, von 1953—1955 sollen weitere 72,7 km bepflanzt werden. Neben diesen der Öffentlichkeit zugänglichen Anlagen wurden weitere 940 ha in Schulen, Klubs und Fabriken geschaffen, die nur den jeweiligen Angehörigen dieser Vereinigungen zugänglich sind. Jährlich werden im Moskauer Stadtgebiet 2—300 000 Bäume und 1½ Millionen Sträucher angepflanzt, die in den modernsten Baumschulen der Stadt herangezogen werden. Diese Baumschulen, von denen sich eine sogar in Maikop am Kuban befindet, umfassen insgesamt 873,9 ha (1951). 1951 wurden außerdem noch 20 Millionen Blumen gepflanzt, davon 220 000 winterfeste. 2788 Arbeiter waren 1951 mit der Schaffung dieser Anlagen beschäftigt, 23 Millionen Rubel gab die Stadt dafür aus. Für die Zeit von 1953—1955 sind sogar 140 Millionen Rubel dafür vorgesehen.

Wenn man auch die Errichtung von Mietskasernen nicht als Muster vernünftiger und gesunder Städteplanung ansehen kann, so läßt sich eine gewisse Großartigkeit der sowjetischen Planung nicht verkennen, insofern sie nämlich bewußt und tatkräftig das marxistische Gesellschaftsideal auch in diesem Punkt zu ver-

wirklichen trachtet. In der Richtigkeit seiner Ideen steht der Bolschewismus vielen Systemen nach, in der konsequenten Durchführung übertrifft er alle. Und darin liegt seine Gefahr.

Fremdarbeiterströme. Wie die *Revue Internationale du Travail*, Juli 1954, berichtet, gibt es in Europa drei große Ströme von Fremdarbeitern. Der eine geht von Italien aus nach Frankreich, der Schweiz, Belgien und Großbritannien, der zweite zieht von Dänemark und Finnland nach den beiden anderen nordischen Ländern, Schweden und Norwegen, und der dritte von Irland nach Großbritannien. Deutschland stellt so gut wie keine Fremdarbeiter an europäische Nationen.

Umschau

„Krise der Staatsgewalt und Krise der staatsbürgerlichen Haltung“

(50. „Soziale Woche
der französischen Katholiken“)

Ende Juli konnten die „Sozialen Wochen der französischen Katholiken“ ihr goldenes Jubiläum in Rennes, der alten Hauptstadt der Bretagne, feiern. In seinem großen Glückwunschschreiben erinnerte der Heilige Vater daran, daß die beiden Hauptbegründer Marius Goin und Adéodat Boissard (ein Autodidakt und ein Universitätsprofessor) sich auf die sozialen Lehren Leos XIII. stützten und mit ihrer „fliegenden Universität“ einen doppelten Zweck verfolgten, der sich in der Devise „Durch Erkenntnis zum Handeln“ (La science pour l'action) ausdrückt.

In den „Sozialen Wochen“ wird jedes Jahr ein bestimmtes sozialpolitisches Thema nach allen Seiten hin von Universitätsprofessoren, Politikern und führenden Männern der Wirtschaft beleuchtet, leidenschaftslos, der Sache hingegeben, abseits jeglicher Parteipolitik. Laien und Kleriker stellen sich dabei ganz auf den Boden der Kirche und schrecken vor so schwierigen Problemen wie dem diesjährigen nicht zurück. Die Themen der letzten Jahre (Krise des ländlichen Lebens, Lebensstandard, Öffentliche Gesundheit, Verteilung des nationalen Einkommens, Internationaler Friede) hingen alle schon damit zusammen.

Eine Lösung dieser brennenden Fragen ist ohne Eingreifen der Staatsgewalt, die aber oft versagt, nicht möglich. Überall in unserer westlichen Welt zeigen sich Symptome einer Krankheit, die sich am deutlichsten in der Krise der Staatsgewalt, von oben gesehen, und der Krise der staatsbürgerlichen Gesinnung, von unten gesehen, offenbart. Ursache und Wirkung sind hier schwer zu unterscheiden.

Wiederholt wurde auf das Wort Christi hingewiesen: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Wenn es in seiner vollen Bedeutung erkannt würde, könnte es in einem christlichen Staat diese beiden Krisen nicht geben. (Gebt ihm alles, was ihm gebührt, aber auch nicht mehr!) Die christliche Staatslehre hat sich, von der Antike ausgehend, durch das göttliche Licht des Evangeliums, durch die Lehren der Väter und anderer christlicher Denker, nicht zuletzt der Päpste, vergeistigt. Sie hat immer das Gemeinwohl an erste Stelle gesetzt. Gerechtigkeit und Brüderlichkeit sollen die allgemeinen und die besonderen Interessen miteinander versöhnen. Heute ist infolge des schnellen Strukturwandels der menschlichen Gesellschaft innerhalb eines Staatswesens und ihrer internationalen Verflechtung auch der Begriff des Gemeinwohls in einer Umwandlung begriffen. Diese Entwicklung bedeutet zugleich eine Erweiterung der Staatsgewalt. Um ihre neuen Aufgaben lösen zu können, bedarf sie der